

Erster Erfolg für Bürgerinitiative

OLPE Fraktionsvorsitzende einigten sich auf Vertagung

In der Diskussion um die künftige Nutzung des „Regenbogenlands“ hat die BI einen Aufschub bewirkt.

win ■ Die Bürgerinitiative „Humane Flüchtlingspolitik in Olpe“ (HFO) hat einen ersten Erfolg errungen. Nach den Informationsveranstaltungen über den geplanten Kauf der seit Samstag geschlossenen Kolping-Familienferienstätte „Regenbogenland“ (siehe gesonderten Bericht) und den lautgewordenen Protesten gegen deren Nutzung als Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes für Flüchtlinge haben die Vorsitzenden der Ratsfraktionen nach Informationen der SZ in einer Konferenz am Freitag beschlossen, die Beschlussfassung doch nicht, wie von Bürgermeister Horst Müller gewollt, auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 11. Februar zu setzen.

Um intensiver beraten und viele offene Fragen klären zu können, soll stattdessen eine Sondersitzung im März stattfinden, in deren Rahmen dann das Thema exklusiv diskutiert wird.

In der am Donnerstag vorgelegten Beschlussvorlage der Verwaltung sind unterdessen weitere Details zu den Planungen bekannt geworden. So soll neben der in Rede stehenden Kaufsumme von 1,1 Mill. Euro noch Kosten von 300 000 Euro für die „bauliche Ertüchtigung“ sowie 100 000 Euro für den Kauf von Einrichtungsgegenständen anfallen.

„Die Bezirksregierung hat das Gelände des ‚Regenbogenlandes‘ besichtigt und seine grundsätzliche Eignung festgestellt. Die mit der Bezirksregierung erfolgten Absprachen, die noch im

Mietvertrag zu fixieren sind, gehen dabei von einer Kapazität von 400 Plätzen aus. Bei Einhaltung dieser Belegungszahl als Obergrenze kann nach Einschätzung der Verwaltung verlässlich davon ausgegangen werden, dass die Aufgaben und Prozesse innerhalb einer ZUE geordnet und effizient ablaufen und humanitäre Gesichtspunkte beachtet werden. Inwieweit die Bezirksregierung letztlich das Christliche Jugenddorf (CJD) als Partner für die soziale Betreuung in der Einrichtung wählt, ist zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt“, heißt es weiter in der Beschlussvorlage.

In der aktuellen Situation der fortwährenden Zuwanderung von Flüchtlingen „würde die Stadt Olpe einen herausragenden Beitrag zur Aufnahme und Hilfestellung für Flüchtlinge leisten. Auf der anderen Seite sind alle Beteiligten in der Stadt Olpe, die sich um Integration und Flüchtlinge bemühen, aufgefordert, sich in Kooperation mit der Bezirksregierung und dem Träger der sozialen Betreuung in der Einrichtung dieser Aufgabe zu stellen“, heißt es weiter. Hierzu werde es einen gemeinsamen Runden Tisch aller Akteure geben, an dem auch die Anwohner aufgerufen seien, sich zu beteiligen.

„Sorgen und Bedenken, die eine solche Einrichtung auch mit sich bringt, sollen hier ebenfalls aufgegriffen und besprochen werden. Selbstverständlich erfolgt hierbei auch eine Einbindung von Ordnungsamt und Polizei (Ordnungspartnerschaft).“

Da die Investitionsauszahlungen in dem von der Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember 2014 verabschiedeten Haushaltsplan nicht enthalten sind, müsste vor der Unterzeichnung des Kaufvertrages eine Nachtragsatzung für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen werden.